

St. Ingbert, 17.05.2018

Vorläufige Niederschrift

über die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates
vom 28.02.2018, 18:35 Uhr,
Großer Sitzungssaal, Rathaus, 1. OG

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hans Wagner

Ordentliches Mitglied

Frau Susanne Baumann

Frau Herdis Behmann

Herr Jürgen Berthold

Herr Dr. Frank Breinig

Herr Christian Dahlem

Frau Sandra Derschang

Frau Doris Dücke-Sellen

Herr Roland Düpre

Herr Andreas Gaa

Herr Harald Gries

Herr Heinz Hambach

Herr Albrecht Hauck

Herr Markus Hauck

Herr Manfred Herges

Herr Jürgen Karr

Frau Bärbel Klenner

Herr Roland Körner
Herr Manfred Lahm
Herr Frank Luxenburger
Herr Thomas Magenreuter
Herr Franz-Josef Mast
Herr Sven Meier
Herr Dr. Markus Monzel
Frau Nadine Müller
Frau Carina Münzebrock
Herr Sven Oberinger
Herr Maximilian Raber
Herr Pascal Rambaud
Herr Lothar Reiß
Herr Werner Röhrig
Frau Helga Roth
Frau Dunja Sauer
Frau Marion Schembri
Herr Adam Schmitt
Frau Ursula Schmitt
Herr Dominik Schmoll
Frau Petra Schweitzer
Frau Ellen Straßberger
Frau Christa Strobel
Frau Mathilde Thiel
Herr Michael Trittelvitz
Herr Wolfgang Weisgerber
Herr Jeremy Wendel
Frau Christina Wieth
Herr Albert Zitt

Verwaltung

Frau Heike Dettweiler

Frau Marika Flierl

Herr Heinz-Holger Hansen

Frau Kathrin Hary

Frau Heike Konschak-Klein

Frau Maria Müller-Lang

Thomas Schöben

Herr Björn Spengler

Frau Birgit Uhl

Der Vorsitzende verweist auf die aktuelle Tischvorlage VO/3421/18 <Einigungsvorschlag Besetzung der Ausschüsse> und schlägt vor, diese als neuen Tagesordnungspunkt 1 in die heutige Sitzung aufzunehmen. Der Stadtrat stimmt der Aufnahme einstimmig zu.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Einigungsvorschlag Besetzung der Ausschüsse
Vorlage: VO/3421/18
- TOP 2 Auflösung von Ausschüssen aufgrund Fraktionsneubildung
Vorlage: VO/3406/18
- TOP 3 Bildung von Ausschüssen aufgrund Fraktionsneubildung
Vorlage: VO/3408/18
- TOP 4 Festlegung der Ausschuss-Stärke aufgrund Fraktionsneubildung
Vorlage: VO/3409/18
- TOP 5 Wahl der Ausschussmitglieder
Vorlage: VO/3410/18
- TOP 6 Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat aufgrund der
Neubesetzung
Vorlage: VO/3411/18
- TOP 7 Neubesetzung des Kuratoriums der Albert-Weisgerber-Stiftung
Vorlage: VO/3412/18
- TOP 8 Entsendung eines Vertreters in die Versammlung des
Biosphärenzweckverbandes Bliesgau
Vorlage: VO/3414/18
- TOP 9 Neustrukturierung Musikschule und Ausschreibung Musikschulleitung
Vorlage: VO/3398/18/2

Der Vorsitzende eröffnet um 18:35 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Einigungsvorschlag Besetzung der Ausschüsse**

Vorlage: VO/3421/18

Beschluss:

Die Abstimmung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt <Festlegung der Ausschuss-Stärke aufgrund Fraktionsneubildung>.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, Einigungsvorschläge zu unterbreiten und erteilt dem SM Weisgerber das Wort.

SM Weisgerber wundert sich über die Erläuterungen zum aktuellen Tagesordnungspunkt, wonach die neu zu besetzenden Ausschüsse aufzulösen wären. Er stellt für die UCD-Stadtratsfraktion fest, dies sei nicht richtig. Vielmehr sei der Stadtratskollege Jürgen Karr von der UCD-Stadtratsfraktion zur FDP-Stadtratsfraktion gewechselt und die Thematik der Neubesetzung von Ausschüssen sei erstmals in die Tagesordnung des Haupt- und Personalausschusses vom 30.01.2018 aufgenommen worden. Dieser hatte die Vorlage zu Kenntnis genommen und die Beratung in den Stadtrat am 22.02.2018 vertagt. Dort habe der FV Körner (FAMILIE) beantragt, die Entscheidung in die heutige Sondersitzung zu vertagen. Nach den kommunalrechtlichen Vorschriften sollen die im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen entsprechend ihrer Stärke berücksichtigt werden. Das Gesetz favorisiere hier die Besetzung im Wege der Einigung, vor einem Wahlverfahren nach d'Hondt. Bisher seien auch keinerlei Einigungsvorschläge in diesem Zusammenhang diskutiert

worden. Eine Auflösung der Ausschüsse sei hier nicht zwingend gegeben. Der Stadtrat habe sich in seiner Sitzung am 23.09.2014 eine Besetzung der Ausschüsse unter Einbeziehung aller im Stadtrat vertretenen politischer Gruppierungen getroffen, also auch der Stadtratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit. Die nach den Berichten in der Saarbrücker Zeitung, der Rundschau angebotene Zusammenarbeit der FDP-Stadtratsfraktion nehme die UCD-Stadtratsfraktion zum Anlass, folgenden Einigungsvorschlag zu unterbreiten:

- der bisher von der UCD innegehaltene Sitz im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales gehe mit dem SM Jürgen Karr an die FDP-Stadtratsfraktion.

Insoweit, so SM Weisgerber, bestehe keine Notwendigkeit, bestehende Ausschüsse aufzulösen bzw. neu zu besetzen.

Der Vorsitzende merkt an, dass dieser Vorschlag logisch sei und das SM Jürgen Karr in dem Ausschuss verbliebe, in dem es immer schon vertreten war.

Sodann erteilt er das Wort an den FV Dominik Schmoll. Dieser erwidert, zuerst möge man die Auffassung der FDP-Fraktion zum Vorschlag hören, so dass man sich gegebenenfalls bereits zu diesem Zeitpunkt einigen könne.

Der FV Gaa stellt für seine Fraktion fest, dass die UCD-Stadtratsfraktion in mindestens 4 Ausschüssen vertreten sei und aufgrund des Wechsels des SM Jürgen Karr weiterhin in 3 Ausschüssen säße. Da seine Fraktion jedoch nur in 2 Ausschüssen vertreten sei, werde er dem gemachten Einigungsvorschlag nicht nähertreten. Die kleineren Fraktionen sollten in annähernd gleicher Zahl in den Ausschüssen vertreten sein.

FV Schmoll bedauert, dass seit der Neugründung der FDP-Stadtratsfraktion keinerlei Vorgespräche hinsichtlich der Besetzung mit den Fraktionen gegeben hätte. Der Erweiterung auf 17 Mitglieder könne seine Fraktion nicht folgen, zumal in der Vergangenheit 12-köpfige Ausschüsse ausgereicht hätten. Die Spiegelbildlichkeit des Rates könne auch bei einer Ausschussstärke von 15 Mitgliedern gewahrt bleiben. So

seien hier 4 Fraktionen mit je 2 Mitgliedern vertreten, die jedoch alle aus unterschiedlichen Wahlergebnissen stammten (Grüne mit 7 %, WfSI mit 5 %, UCD und FDP mit je 3 %). Dies müsse ebenfalls bei den Einigungsvorschlägen zum Ausdruck kommen.

Der Vorsitzende erwidert, dass es Gespräche gegeben habe und dessen Ergebnis der vorliegende Verwaltungsvorschlag sei. Sodann erkundigt er sich nach weiteren Vorschlägen aus der Mitte des Rates.

FV Körner hat einen Einigungsvorschlag, welcher mittels Beamer an die Leinwand geworfen wird.

Der Vorsitzende trägt vor, dass die CDU-Fraktion in den Ausschüssen (15 Mitglieder) mit 6 Sitzen vertreten sein soll, mit Ausnahme des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales, da dort 5 Sitze beansprucht werden. Die SPD-Fraktion soll in allen Ausschüssen mit 4 Sitzen vertreten sein; die Familienpartei soll in allen Ausschüssen (15 Mitglieder) mit 2 Mitgliedern und im Haupt- und Personalausschuss mit 3 Mitgliedern vertreten sein. B 90/Die Grünen sollen in allen Ausschüssen mit 1 Sitz vertreten sein. Die Bürgerfraktion Wir für St. Ingbert, die FDP-Stadtratsfraktion sowie die UCD-Stadtratsfraktion sollen in insgesamt 3 Ausschüssen mit je 1 Sitz vertreten sein und Frau Ducke-Sellen (Die Linke) wird mit 1 Sitz im Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vertreten sein.

Sodann erkundigt sich der Vorsitzende über den vorgetragenen Einigungsvorschlag und erkundigt sich, inwieweit Einigkeit im Rat über die vorgeschlagene Besetzung bestehe.

FV Trittelvitz (UCD-Stadtratsfraktion) erklärt, mit den gemachten Vorschlägen nicht einverstanden zu sein und bittet um Sitzungsunterbrechung. Dieser wird vom Stadtrat einstimmig zugestimmt.

Nach einer 5-minütigen Sitzungsunterbrechung setzt der Vorsitzende die Sitzung fort und erkundigt sich bei den Fraktionen, inwieweit der gemachte Einigungsvorschlag Zustimmung findet.

FV Gaa erklärt für seine Fraktion, diesem zustimmen zu können.

FV Schmoll schließt sich dieser Zustimmung an und erklärt, dass sich seine Fraktion bereits im Vorfeld bereiterklärt habe, Sitze abzugeben.

FV Trittelvitz findet den Vorschlag uncharmant, da er weit von der Spiegelbildlichkeit des Rates sei. Dies zeige sich daran, dass eine gleichgroße Fraktion in 5 Ausschüssen vertreten sei, aber seine Fraktion nur in 3 Ausschüssen. Wie dem auch sei (Pest oder Cholera), er werde diesem Vorschlag ebenfalls zustimmen.

Nachdem sich keine Fraktion bzw. kein fraktionsloses Mitglied gegen den gemachten Vorschlag ausspricht, geht der Vorsitzende von einem bestehenden Konsens in der Angelegenheit aus und lässt unter dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt <Festlegung der Ausschuss-Stärke aufgrund Fraktionsneubildung> hierüber abstimmen.

Sodann geht der Stadtrat zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zu 2

Auflösung von Ausschüssen aufgrund Fraktionsneubildung

Vorlage: VO/3406/18

Beschluss:

Die Mitglieder der folgenden Ausschüsse:

1. Haupt- und Personalausschuss
2. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Biosphäre
3. Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss (Eigenbetrieb ABBS)
4. Ausschuss für Baumanagement und Werksausschuss (Eigenbetrieb Abwasser)
5. Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales
6. Rechnungsprüfungsausschuss

werden abberufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Ohne weitere Diskussion fasst der Stadtrat vorstehenden Beschluss.

zu 3

Bildung von Ausschüssen aufgrund Fraktionsneubildung

Vorlage: VO/3408/18

Beschluss:

Die gemäß Stadtratsbeschluss vom 10.07.2014 (VO/0289/14) gebildeten Ausschüsse

- Haupt- und Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Biosphäre
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss (Eigenbetrieb ABBS)
- Ausschuss für Baumanagement und Werksausschuss (Eigenbetrieb Abwasser)
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Ohne weitere Diskussion fasst der Stadtrat vorstehenden Beschluss.

zu 4

Festlegung der Ausschuss-Stärke aufgrund Fraktionsneubildung

Vorlage: VO/3409/18

Beschluss:

Die gemäß Stadtratsbeschluss vom 10.07.2014 (VO/0289/14) festgelegte Ausschussstärke

- von grundsätzlich 15 Mitgliedern, beim Rechnungsprüfungsausschuss von 6 Mitgliedern

bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Ohne weitere Diskussion fasst der Stadtrat vorstehenden Beschluss.

zu 5

Wahl der Ausschussmitglieder

Vorlage: VO/3410/18

Beschluss:

1. Die Ausschusssitze werden im Wege der **Einigung** wie folgt verteilt:

a) Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Biosphäre (15 Sitze)

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE	GRÜNE	UCD	FDP
Sitze	6	4	2	1	1	1

b) Haupt- und Personalausschuss (15 Sitze)

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE	GRÜNE	WfS
Sitze	6	4	3	1	1

**c) Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss –
ABBS-(15 Sitze)**

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE	GRÜNE	WfS	FDP
Sitze	6	4	2	1	1	1

**d) Ausschuss für Baumanagement und Werksausschuss –EBA- (15
Sitze)**

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE	GRÜNE	UCD	FDP
Sitze	6	4	2	1	1	1

e) Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales (15 Sitze)

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE	GRÜNE	UCD	WfS	LINKE
Sitze	5	4	2	1	1	1	1

f) Rechnungsprüfungsausschuss (6 Sitze)

Fraktion	CDU	SPD	FAMILIE
Sitze	3	2	1

2. Die Ausschüsse werden personell wie folgt besetzt:

a) Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Biosphäre

CDU:	Hauck, Markus	Herges, Manfred	Luxenburger, Frank
	Magenreuter, Thomas	Schembri, Marion	Wendel, Jeremy
SPD:	Hambach, Heinz Zitt, Albert	Schweitzer, Petra Raber, Maximilian	
FAMILIE:	Düpre, Roland	Körner, Roland	
GRÜNE:	Berthold, Jürgen		
UCD:	Trittelvitz, Michael		
FDP:	Gaa, Andreas		

b) Haupt- und Personalausschuss

CDU:	Hauck, Markus	Klenner, Bärbel	Luxenburger, Frank
	Dr. Breinig, Frank	Schembri, Marion	Strobel, Christa
SPD:	Hambach, Heinz Schweitzer, Petra	Gries, Harald Straßberger, Ellen	
FAMILIE:	Dahlem, Christian	Baumann, Susanne	Reiß, Lothar
GRÜNE:	Berthold, Jürgen		
WfS:	Christina Wieth		

c) Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Werksausschuss (ABBS)

CDU:	Münzebrock, Carina	Dr. Monzel, Markus	Müller, Nadine
	Oberinger, Sven	Rambaud, Pascal	Wendel, Jeremy
SPD:	Meier, Sven Behmann, Herdis	Roth, Helga Raber, Maximilian	
FAMILIE:	Hauck, Albrecht	Reiß, Lothar	
GRÜNE:	Schmitt, Adam		
FDP	Karr, Jürgen		
WfS:	Schmoll, Dominik		

d) Ausschuss für Baumanagement

CDU:	Dr. Breinig, Frank Dr. Monzel, Markus	Magenreuter, Thomas Rambaud, Pascal	Lahm, Manfred Wendel Jeremy
SPD:	Straßberger, Ellen Zitt, Albert	Roth, Helga Mast, Franz-Josef	
FAMILIE:	Hauck, Albrecht	Reiß, Lothar	
GRÜNE:	Schmitt, Adam		
UCD:	Weisgerber, Wolfgang		
FDP	Gaa, Andreas		

e) Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

CDU:	Strobel, Christa Müller, Nadine	Derschang, Sandra Schmitt, Ursula	Klenner, Bärbel
SPD:	Thiel, Mathilde Sauer, Dunja	Gries, Harald Röhrig, Werner	
FAMILIE:	Baumann, Susanne	Hauck, Albrecht	
GRÜNE:	Berthold, Jürgen		
UCD:	Trittelvitz, Michael		
WfS:	Wieth, Christina		
LINKE:	Ducke-Sellen, Doris		

f) Rechnungsprüfungsausschuss

CDU:	Dr. Breinig, Frank	Hauck, Markus	Rambaud, Pascal
SPD:	Hambach, Heinz	Gries, Harald	
FAMILIE:	Düpre, Roland		

Abstimmungsergebnis (Ziffer 1 und 2)

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Nachdem der von FV Körner vorgetragene Einigungsvorschlag

	CDU	SPD	FAM	Grüne	WIGB	UCD
HPA	6	4	3	1	1	0
FiWiBii	6	4	2	1	0	1
SUWA	6	4	2	1	1	0
BaMaWA	6	4	2	1	0	1
KuBiSo	5	4	2	1	1	1
RPA	3	2	1	0	0	0

unter dem Tagesordnungspunkt <Einigungsvorschlag Besetzung der Ausschüsse> eingehend diskutiert und beraten wurde, lässt der Vorsitzende, da Konsens besteht und eine Wahl nicht erforderlich ist, über den Einigungsvorschlag abstimmen, wobei die einzelnen Fraktionen die jeweiligen Vertreter/innen der einzelnen Ausschüsse mündlich vortragen. Vor der Abstimmung beantragt der FV Sven Meier eine kurze Sitzungsunterbrechung, welcher der Rat einstimmig zustimmt. Nach einer kurzen Beratungspause wird die Sitzung fortgesetzt.

Sodann ergeht, nach Benennung aller Vertreter/innen vorstehender Beschluss.

zu 6

Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat aufgrund der Neubesetzung

Vorlage: VO/3411/18

Beschluss:

Die Beratung wird in einen der nächsten Haupt- und Personalausschüsse vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

FV Schmoll erinnert in der Angelegenheit an die gemeinsamen Besprechungen zur Änderung der Geschäftsordnung. Vieles sei besprochen worden und bedürfe der Änderung. Insoweit plädiere er für die Fortführung der im vergangenen Jahr begonnenen Vorgespräche und der daraus resultierenden Änderungen, welche dann umfassend in eine neue Geschäftsordnung einfließen sollten. Die Thematik solle nach den erforderlichen gemeinsamen Besprechungen zu einer neuen Geschäftsordnung führen, die in einer der übernächsten Ausschusssitzungen beraten werden soll.

SM Thiel pflichtet dem Vorredner bei und erläutert, dass die vorliegende Änderung nicht das beinhalte, was bisher von den Fraktionen eingebracht worden sei. Die Gespräche hatten mit den einzelnen Fraktionen stattgefunden, gemeinsame Besprechungen aller Fraktionen habe es nicht gegeben. Insoweit plädiere sie ebenfalls für eine Vertagung.

SM Roth erinnert sich, dass Ende 2016 Gespräche stattgefunden hatten und die SPD-Stadtratsfraktion ihrer Erinnerung nach die einzige war, welche schriftliche Änderungen eingereicht hatte.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Vertagungsantrag abstimmen.

zu 7

Neubesetzung des Kuratoriums der Albert-Weisgerber-Stiftung

Vorlage: VO/3412/18

Als neues Kuratoriumsmitglied wird bestellt:

Werner Röhrig

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Der Vorsitzende erteilt das Wort an den FV Meier.

Dieser erläutert, dass das verstorbene Fraktionsmitglied Dr. Güttes sehr interessiert gewesen war, was die Albert-Weisgerber-Stiftung angehe, als auch an der baulichen Umsetzung der Baumwollspinnerei. Insoweit habe man sich nach einer geeigneten Person umgesehen, die bereits im Rat tätig sei und auch sehr affin sei, was diese Angelegenheiten angehe. FV Meier schlägt daher das Stadtratsmitglied Werner Röhrig als Vertreter für das Kuratorium der Albert-Weisgerber-Stiftung vor.

Sodann lässt der Vorsitzende über die vorstehende Personalie abstimmen und es ergeht vorstehender Beschluss.

zu 8

Entsendung eines Vertreters in die Verbandsversammlung des

Biosphärenzweckverbandes Bliesgau

Vorlage: VO/3414/18

Die Stadt St. Ingbert entsendet aufgrund des Todes des Stadtratsmitgliedes Dr. Klaus Gütttes gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung des Biosphärenzweckverbandes Bliesgau folgendes Mitglied in die Verbandsversammlung:

- Sven Meier (SPD)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Der Vorsitzende verweist inhaltlich auf den abgehandelten Tagesordnungspunkt <Neubesetzung des Kuratoriums der Albert-Weisgerber-Stiftung>.

Seitens der SPD-Stadtratsfraktion wird der Vorsitzende Sven Meier als Vertreter vorgeschlagen, da dieser in der Vergangenheit in diesem Bereich schon einmal tätig gewesen war.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Vorschlag abstimmen und er Rat fasst vorstehenden Beschluss.

zu 9

Neustrukturierung Musikschule und Ausschreibung

Musikschulleitung

Vorlage: VO/3398/18/2

Beschluss:

I. Grundsatzbeschluss

1. Die Musikschule St. Ingbert strebt eine Mitgliedschaft im Verband der Musikschulen e. V. (VdM) an.
2. Die Leitung der Musikschule St. Ingbert soll künftig hauptamtlich erfolgen.
3. Die Musikschule St. Ingbert ist als eigenständiger Betrieb zu führen und wird aus der Kulturabteilung ausgegliedert. Damit folgt St. Ingbert dem KGsT-Gutachten. Die geeignete Betriebsform ist zu prüfen, insbesondere Eigen- oder Regiebetrieb.
4. An der Konzeption des variablen Unterrichts als Alleinstellungsmerkmal der Stadt St. Ingbert wird festgehalten.

II. Stellenausschreibung - Ermächtigung

Die Musikschule St. Ingbert wird künftig hauptamtlich geleitet. Im Stellenplan 2019/2020 wird eine entsprechende Stelle (TVöD E 10) entweder 19,5 Std./Woche oder 39 Stunden/Woche geschaffen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Stelle der hauptamtlichen Musikschulleitung zunächst befristet auf 2 Jahre auszuschreiben, mit dem Ziel, die Stelle zum 01.09.2018 zu besetzen.

III. Ausschreibungstext

Die Biosphärenstadt St. Ingbert sucht zum 1. September 2018
eine/n hauptamtliche/n Leiter/in für die Städtische Musikschule

Es handelt sich um ein auf zwei Jahre befristetes Beschäftigungsverhältnis. Die Besetzung der Stelle ist sowohl in Voll- als auch in Teilzeit möglich. Die Entlohnung erfolgt nach Entgeltgruppe 10 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)

Wir sind

*Wir sind eine Musikschule in kommunaler Trägerschaft, die seit 1972 besteht. Unser Angebot richtet sich nach dem Strukturplan des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM). Eine Aufnahme zum VdM streben wir zeitnah an. Es werden derzeit 470 Schülerinnen und Schüler in 325 Wochenstunden von 33 Honorarkräften unterrichtet. Unser innovatives und zukunftsorientiertes Pilotprojekt „**Variabler Unterricht**“ zielt auf die Bewältigung von gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen und soll fortentwickelt werden. Der variable Unterricht ist eine formale Veränderung für bessere Bildungschancen und basiert auf der Flexibilisierung von Unterrichts-Einheiten / Unterrichts-Formen / Unterrichts-Inhalten und –methoden. Zeitkontingente können nach Bedarf zusammengefasst werden, Einzel-, Gruppen-, Ensembleunterricht können nach Bedarf genutzt werden. Der Variable Unterricht stärkt den Kernbereich der Musikschularbeit, die instrumentale Ausbildung. "Musik machen" und "Musik lernen" stehen im Vordergrund. Auf dieser Basis soll die Musikschule einen Wachstumskurs einschlagen. Eine Ausgliederung in einen eigenständigen Betrieb „Musikschule“ wird hierfür Grundlage sein und soll binnen Jahresfrist realisiert werden.*

Wir suchen

Wir suchen spätestens zum 01.09.18 eine hauptamtliche Musikschulleitung (m/w) in Vollzeit, die als Persönlichkeit diesen skizzierten Weg der Musikschule St. Ingbert engagiert und motiviert gestalten kann. Die Entlohnung erfolgt nach den Bestimmungen des

Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD). Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Die Bewerbung von Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen sind erwünscht. Die Stelle kann auch in Teilzeit besetzt werden. Die Probezeit beträgt 6 Wochen.

Wir erwarten

- *Einen künstlerischen oder künstlerisch/pädagogischen Abschluss an einer Musikhochschule oder einer als gleichwertig anerkannten Institution.*
- *Mehrjährige Berufserfahrung als Musikschullehrer und idealerweise schon Erfahrungen in der Leitung einer Musikschule.*
- *Gute EDV-Kenntnisse sind von Vorteil*
- *Eine erfolgreiche Teilnahme am VdM-Lehrgang „Führung und Leitung einer Musikschule“ ist nachzuweisen. Er kann ggf. mit Antritt der Musikschulleitung berufsbegleitend absolviert werden.*
- *Nachgewiesene Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre oder Verwaltungsbetriebslehre sind von Vorteil*
- *Entscheidungsfreude, ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit und Empathie, Organisations- und Verhandlungsgeschick runden Ihr Profil ab.*

Zum Aufgabengebiet gehören

- *Die wirtschaftliche und pädagogische Leitung und Verwaltung der Einrichtung*
- *Die Personal- und Budgetverantwortung*
- *Motivation und Inspiration von Mitarbeitern und Honorarkräften*
- *Vertretung der Musikschule nach innen und außen*
- *Organisation und Durchführung von öffentlichen Auftritten wie Musikschulveranstaltungen, Konzerten und Projekten*
- *Weiterentwicklung des innovativen und zukunftsorientierten Pilotprojektes „Variabler Unterricht“*
- *Die eigene Lehrtätigkeit als Musikschullehrer (nach einer Startphase 33 bis 50%)*
- *Weiterentwicklung der Kooperationen mit der örtlichen Musik-und*

*Bildungslandschaft, wie allgemeinbildenden Schulen,
Kindertagesstätten, Musikvereinen und anderen
Kooperationspartnern*

- *Die erfolgreiche Akquisition von Drittmitteln durch Entwicklung eigener innovativer Projektansätze*
- *Mitwirkung bei der Umstrukturierung zu einem eigenständigen „Betrieb Musikschule“*
- *Erhalt und Erweiterung der Ausstattung der Musikschule*
- *Öffentlichkeitsarbeit, Internetauftritt, Dokumentation*

Wenn Sie diese Aufgaben interessieren, senden Sie bitte Ihre Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Tätigkeitsnachweise, Zeugnisabschriften) **bis spätestens 08.04.2018**, über www.interamt.de, ID-Nr. 439959 an den **Oberbürgermeister der Mittelstadt St. Ingbert. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!**

Abstimmungsergebnis:

Teilabstimmung zu I. Grundsatzbeschluss:

	Zu 1.	Zu 2.	Zu 3.	Zu 4.
Zustimmung:	44	44	27	30
Ablehnung:	00	00	14	14
Enthaltung:	00	00	03	00

Teilabstimmung zu II. Stellenausschreibung - Ermächtigung:

Einstimmig dafür.

Teilabstimmung zu III Ausschreibungstext

Zustimmung:	31
Ablehnung	13

Protokoll:

Der Vorsitzende verweist auf die der Stadtratssitzung vorausgegangenen Ausschuss-Sitzung und die hieraus resultierenden Änderungen, dass die 2-Jahres-Befristung bestehen bleibe, jedoch werde die Stelle sowohl als Halbtags- bzw. Vollzeitstelle ausgeschrieben. Die geforderte Qualifikation (VDM-Lehrgang) müsse nicht vorliegen, sondern könne nach Einstellung nachgeholt werden.

Herr Hansen weist darauf hin, dass die Änderungen aufgrund eines Antrages der Familien-Partei eingeflossen und durch den Ausschuss mehrheitlich beschlossen worden seien.

FV Meier merkt an, dass seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag für zielführender halte, da man sich derzeit in einer Umbruchphase befände. Die inhaltliche Entwicklung könne durch die neue Leitung in Form neuer Akzente weiterentwickelt werden, so dass die Musikschule stabilisiert und weiter ausgebaut werden könne.

FV Körner merkt an, dass ein Grundsatzbeschluss für die städtische Musikschule erforderlich sei, welcher erst zur Beschlusslage im Ausschuss geführt habe. Daher sei die Änderung der Ausschreibung notwendig. In der Diskussion habe man sich nicht nur am vorgenannten Grundsatz, sondern vielmehr auch an den Gegebenheiten orientiert, welche in der Musikschule derzeit vorzufinden wären. Hierdurch werde vermieden, dass in einem bestimmten Intervall (3 – 4 Jahre) erneut über eine Ausrichtung der Musikschule diskutiert werde. In Unkenntnis der großen Herausforderungen habe man sich im vergangenen Sommer für eine Stellenausschreibung mit umfangreichem Aufgabenbereich im Ehrenamt ausgesprochen und einen kollektiven Shit-Storm erlebt. Zur Gesamthematik existieren Gutachten/Ausarbeitungen, an denen man sich orientieren könne und hieraus resultiere der Änderungsantrag der Familienpartei. Hauptamtlich in diesem Zusammenhang bedeute in der Außenwirkung gut bezahlt und es existiere eine hausinterne arbeitsrechtliche Weisungsgebundenheit. Es solle ein/e hochqualifizierte/r leitende/e Musikschulleiter/in gefunden werden.

FV Schmoll merkt an, dass die Musikschule derzeit bereits stark subventioniert sei, so dass die Verdoppelung der Ausgaben (Vollzeit- statt

Halbtagsstelle) den erforderlichen Zuschuss weiter erhöhen würde. In anderen Bereichen der Stadt gäbe es bei den Pflichtaufgaben einen deutlich größeren Bedarf, so dass sich seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung anschließen werde.

FV Gaa führt fort, dass eine Musikschule zu den freiwilligen Leistungen der Kommune gehöre und kaum eine andere Kommune könne sich diese noch leisten. Bereits in den Haushaltberatungen habe seine Fraktion darauf hingewiesen, dass jährliche Defizit von 300.000 € in einigen Teilbereichen abzubauen. Die unterrichteten 500 Schüler stammen nicht ausschließlich aus St. Ingbert, so dass die angrenzenden Gemeinden hiervon profitierten. Er spricht sich daher für eine Teilzeitbesetzung der Musikschule aus, wobei er den Nachweis des VDM-Lehrganges vor bzw. nach Einstellung für erforderlich halte. Nach Gesamtabwägung werde sich die FDP-Stadtratsfraktion dem Vorschlag der Familienpartei anschließen.

SM Schweitzer hält die Teilzeit-/Halbtagsstelle für ausreichend und favorisiert die Abdeckung der Unterrichtsstunden in Honorarform. Derzeit sei überhaupt nicht erkennbar, ob eine Vollzeitbeschäftigung erforderlich sei.

FV Breinig schließt sich den Ausführungen des FV Körner an und betont, dass der Stadtrat in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt habe, wie wichtig die Musikschule sei. Diese und einige andere kulturelle Einrichtungen könne sich St. Ingbert glücklicherweise immer noch leisten (Stadtbücherei, VHS). Dies sei ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Stadt. Nicht zuletzt sei durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Umbau der ehemaligen JVA zur Musikschule ein wichtiges Signal gesetzt. Man befände sich aktuell in einer Umbruchphase und werde dem Entwurf der Familienpartei daher zustimmen.

FV Trittelvitz sieht in der Musikschule einen wichtigen Baustein des Kulturlebens der Stadt. Die Frage des Zeitumfanges werde sich in der nächsten Zeit zeigen, daher hält er es für sinnvoll, zunächst mit einer Halbtagsstelle zu beginnen. Die Arbeitszeit könne man bei Bedarf entsprechend erhöhen. Im Übrigen sei der Entwurf der Familienpartei gut gelungen, da sich nach dem Ausschreibungstext auch die bisherige Leitung auf die Stelle bewerben könne. Die sachgrundlose Befristung könne er mittragen, sofern die/der neue Stelleninhaber/in die Schulungen

des VDM besuchen müsse.

FV Berthold schließt sich dem Änderungsantrag der Familienpartei an und erklärt für seine Fraktion, dass er diesem zustimmen werde. Die Tatsache, dass die ehrenamtlichen Leitungen in der Vergangenheit Probleme hervorgerufen haben, sollte nun ein Neustart der Musikschule mit einer hauptamtlichen Leitung erfolgen. Die Anforderungen der Ausschreibung sprächen hier seiner Ansicht nach eindeutig für eine Beschäftigung in Vollzeit, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass auch mit der verwaltungsseitig vorhandenen Leitung Absprachen zu treffen seien. Angesichts des Status als Bildungs- und Kulturstadt sei er erfreut, dass die Musikschule nicht nur erhalten bleibe, sondern ausgebaut werde.

SM Sauer erläutert für die SPD-Stadtratsfraktion, dass die Musikschule einen hohen Stellenwert genieße und man sich deshalb für eine Ausschreibung in Teilzeit ausspreche. Man erkenne ebenfalls die gestellten vielfältigen Aufgaben an die künftige Leiterin/den künftigen Leiter. Für eine Beschäftigung in Teilzeit spräche, dass man sich zum Teil auf die Empfehlungen stütze, die die beiden Experten (Ministerium und VdM) im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales gegeben hatten. Für die Größe der hiesigen Musikschule sei nach deren Einschätzung eine Halbtagsstelle ausreichend.

FV Körner entgegnet, dass beide Experten auch geraten hätten, mehr Schüler in der Musikschule zu betreuen. Für diesen Wachstumszuwachs sei die Erhöhung als Vollzeitstelle ein "Invest". Sodann erläutert er nochmals den obenstehenden Grundsatzbeschluss.

SM Thiel erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen einer Vollzeitstelle auf die Höhe der Gebühren der Musikschule, insbesondere ob diese dadurch eine Schule für betuchte Eliten werde oder ob jeder die Leistungen in Anspruch nehmen könne.

Der Vorsitzende führt aus, dass abzuwarten bleibe, welche Bewerbungen eingehen und in welcher Form die Stelle (Voll- oder Teilzeit) besetzt werde. Derzeit liege das Defizit zwischen 260 und 300 TEUR, was in den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen sei.

HVL Hansen weist ergänzend darauf hin, dass die Gebühren/Entgelte

durch den Stadtrat festgesetzt würden. Klar sei auch, dass eine solche Einrichtung nie kostendeckend arbeiten werde.

FV Meier erkundigt sich beim Vorsitzenden, worüber nun abgestimmt würde.

Der Vorsitzende führt aus, dass zum einen über den Grundsatzbeschluss der ursprünglich genannten 5 Punkte abgestimmt werde, wobei der Punkt 1 <Aufhebung des Beschlusses vom 29.08.2017> entfalle, da dieser bereits vom zuständigen Ausschuss aufgehoben wurde. Des Weiteren werde über den Ausschreibungstext abgestimmt, welcher in geänderter Form durch die Familien-Stadtratsfraktion eingereicht wurde.

FV Meier beantragt aus verschiedenen Gründen die Einzelabstimmung zu den Punkten des Grundsatzbeschlusses.

Sodann fasst der Stadtrat vorstehenden Beschluss.

Ende der Sitzung: 20:01 Uhr

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Hans Wagner
Oberbürgermeister

Thomas Schöben

CDU – Stadtratsfraktion

SPD – Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion der FAMILIEN-PARTEI

FDP-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN

UCD-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion Wir für St. Ingbert